

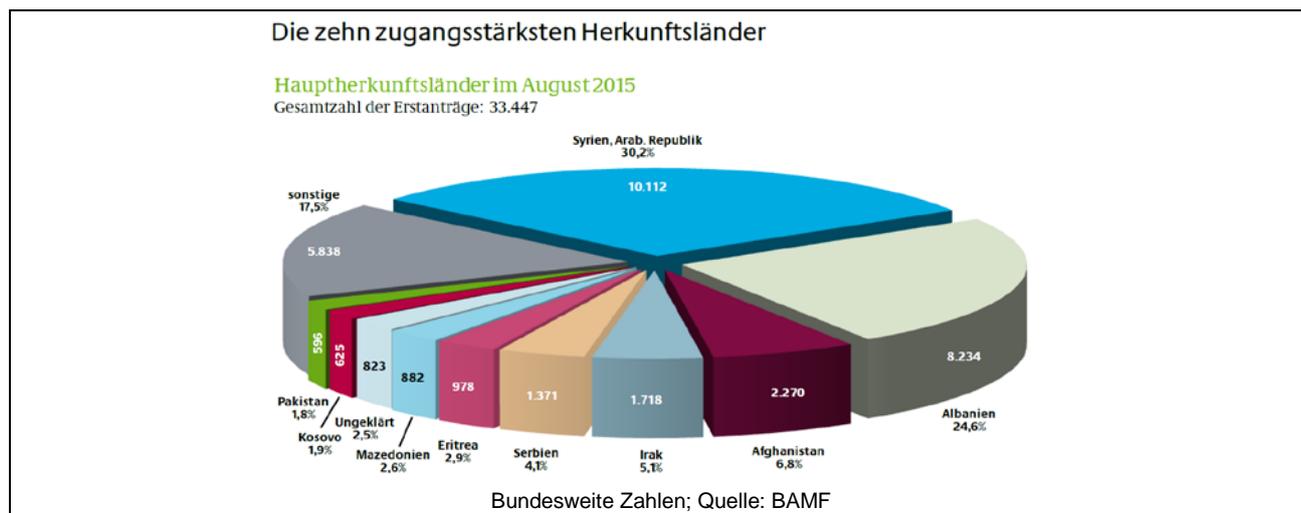
Zugang und Aufnahme von Flüchtlingen in Bremen

Zugangszahlen im Bund

Der Zuzug von Flüchtlingen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. 2007 hatte er mit 18.000 Flüchtlingen den niedrigsten Stand seit 30 Jahren, die höchsten Zugänge hatte die BRD 1993 mit 440.000 Flüchtlingen. Während die Zugangszahl im Jahr 2014 noch deutlich darunter lag (200.000), wird 2015 ein neuer historischer Höchststand von ca. 800.000 erreicht. Die Zahl der Asyl-Erstanträge im Bund ist damit seit 2007 um das 40-fache angestiegen.

Im ersten Halbjahr 2015 war Syrien das Herkunftsland mit den meisten Zugängen, gefolgt von Kosovo und Albanien.

Im August 2015 war Albanien nach Syrien das am zweitstärksten vertretene Land, gefolgt von Afghanistan.

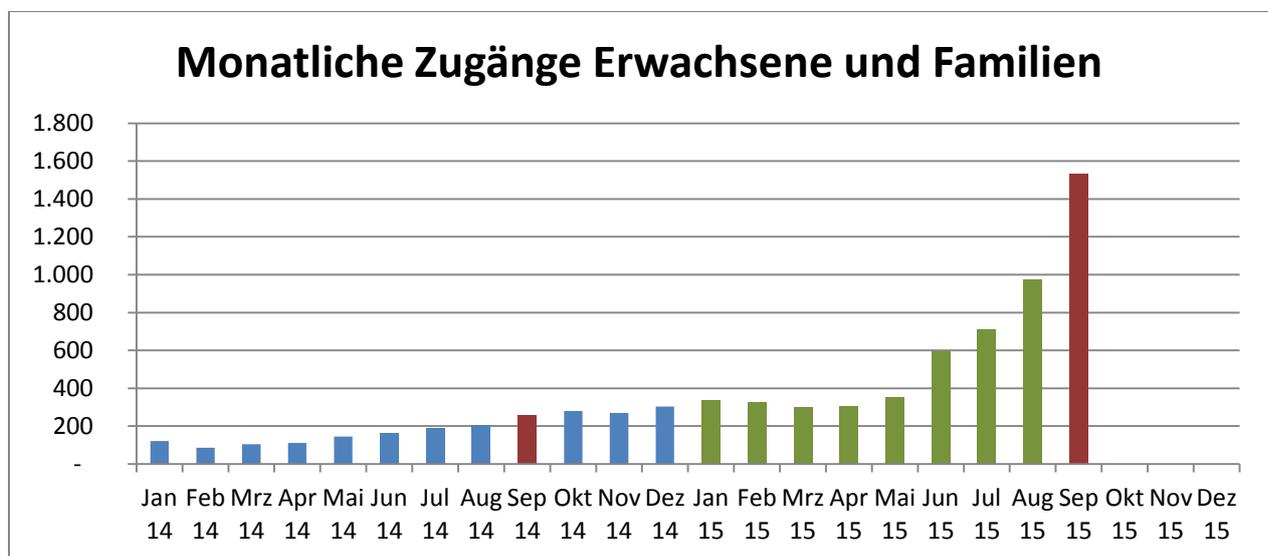


Aufnahme in Bremen und Bremerhaven

AsylbewerberInnen werden in der Bundesrepublik nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt. Darin schlagen sich Bevölkerungszahl und Finanzkraft nieder. Das Land Bremen nimmt danach 0,94 Prozent aller Flüchtlinge auf. Sie werden im Verhältnis von 80 zu 20 zwischen Bremen und Bremerhaven verteilt. 2014 hat das Land 2.233 Flüchtlinge aufgenommen, davon rund 1.800 in Bremen, und rund 440 in Bremerhaven. Im Jahr 2015 waren es bis Ende September schon 5.475, bis Jahresende werden es mindestens 8.000 sein. Allein im September 2015 kamen 1.580 Personen – das sind mehr als fünfmal so viele wie im September 2014 (289). Allein die Zugänge von August und September 2015 übertreffen die Zugänge des gesamten Jahres 2014.

So viele Flüchtlinge hat das Land Bremen aufgenommen:

Jahr	Zugänge Land Bremen	Zuwachs zum Vorjahr	
		Personen	%
2008	191	16	+9,1
2009	248	57	+29,8
2010	378	130	+52,4
2011	427	49	+13,0
2012	631	204	+47,8
2013	1.111	480	+76,1
2014	2.233	1.122	+102
2015 (bis 30.9.)	5.475		
2015 (Prognose)	8.000 - 10.000		

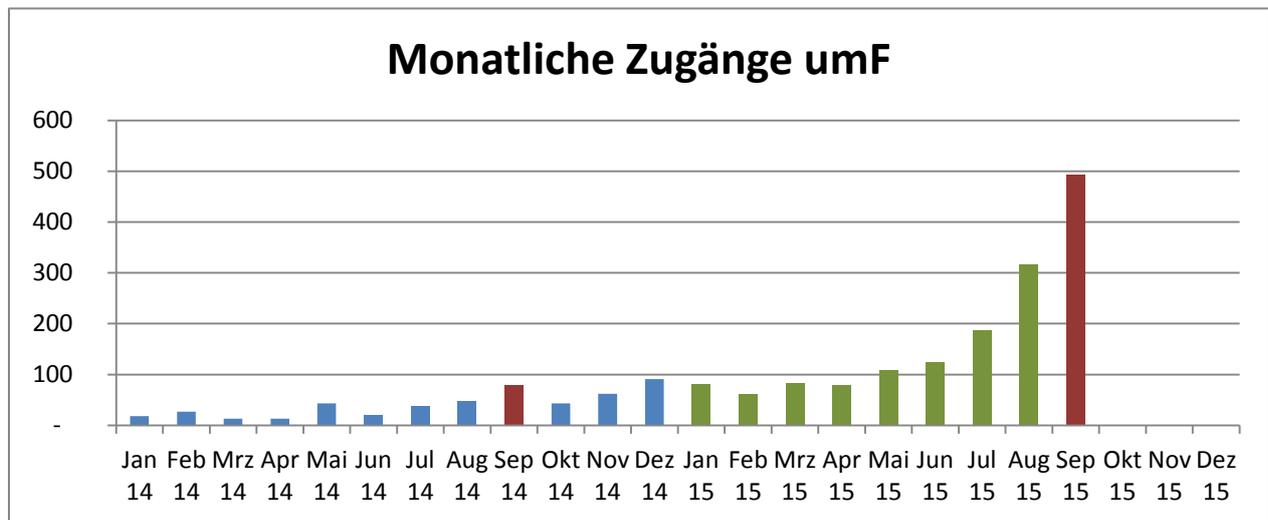


Zugang jugendlicher Flüchtlinge

Zusätzlich steigt die Zahl der jugendlichen Flüchtlinge stark an, die ohne Sorgeberechtigte einreisen. Sie lag im Jahr 2010 noch unter 50. Im Jahr 2013 kamen rund 200 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF), 2014 waren es 495. Während sich die Zahl der Jugendlichen bislang von Jahr zu Jahr verdoppelt hat, verdoppelt sie sich derzeit nahezu von Monat zu Monat. Im Juli 2015 kamen 163 Jugendliche nach Bremen, im August 318. Im September waren es 493, also fast genauso viele wie im ganzen Jahr 2014.

Nach völkerrechtlichen Vereinbarungen und dem Sozialgesetzbuch genießen Jugendliche einen hohen Schutz und unterliegen nicht der Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel. Sie sind in die Obhut des Jugendamtes zu nehmen, die Kosten werden auf alle Kommunen verteilt. Nach Berechnungen der Hamburger Sozialbehörde hat Bremen 2013 rund viermal so viele Jugendliche aufgenommen wie bei einer Verteilung nach Königsteiner Schlüssel zu erwarten wären und mehr als alle fünf Bundesländer im Osten zusammen. Die meisten Jugendlichen stammen aus Westafrika und geben ihr Alter mit 16 oder 17 an. Sie bleiben also manchmal nur wenige Monate im Jugendhilfesystem.

Jahr	ges.	männl.	weibl.
2011	53	45	8
2012	102	88	14
2013	200	175	25
2014	495		
2015 (bis 30.9.)	1.515		



Unterbringung der Flüchtlinge

Bremen bringt Flüchtlinge vorrangig in Wohnungen unter, die die Flüchtlinge selbst mieten. Das dient der schnellen Integration. Eine zentrale Stelle vermittelt Wohnraum, in jedem Übergangwohnheim ist zudem ein Wohnraumvermittler tätig. Die Zahl der Vermittlungen lag bei 120 im Jahr 2012, hat im Jahr 2014 (bei etwa 1800 aufgenommenen Flüchtlingen in der Stadt Bremen) 966 erreicht und damit alle Prognosen übertroffen. Im ersten Halbjahr 2015 konnten schon 866 Personen in Wohnraum vermittelt werden, sodass die Vorjahreszahl wieder weit übertroffen wird.

Bezahlbare Wohnungen sind knapp, besonders in den geforderten Größen (Ein- bis Zweipersonen-Wohnungen sowie sehr große Wohnungen). Daher wurde und wird das System der Unterbringung deutlich ausgebaut. Bis Anfang 2013 gab nur die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes, drei Übergangwohnheime sowie eine Reihe einfacher Doppelhäuser. Gesamtkapazität: 920 Plätze. Mittlerweile verfügen die neue Zentrale Aufnahmestelle und die Übergangwohnheime über eine Gesamtkapazität von ca. 2.800 Plätzen.

Notmaßnahmen

Weil die Schaffung neuer Übergangwohnheime nicht mit dem unerwartet starken Anstieg der Flüchtlingszahlen mithalten konnte (Bauzeit: 1-2 Jahre), werden derzeit laufend Notmaßnahmen eingerichtet. Etwa 1.700 Plätze standen Ende August in Notmaßnahmen für Erwachsene und Familien zur Verfügung, davon über 1.000 in Zelten. Außerdem waren mehr als 300 Jugendliche in Notmaßnahmen untergebracht, davon 150 in Zelten.

Der dramatische Anstieg der Zugänge hat weitere Notmaßnahmen notwendig gemacht. Allein im September wurden daher weitere 1.600 Notplätze geschaffen, unter anderem in der Polizeisporthalle und der Scharnhorstkaserne.

Turnhallen

Insgesamt ca. 800 Notplätze mussten im September in Turnhallen geschaffen werden um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Am 16. September mussten drei Turnhallen (Roter Sand, Stadtwerder und Lissaer Straße) kurzfristig in Anspruch genommen werden. Wenig später wurden auch die Hallen Delfter Straße und Hohweg belegt. Ende September folgten die Halle der Bezirkssportanlage Hemelingen und die Sporthalle Borgfeld (Daniel-Jacobs-Allee). Am 5. Oktober wird die Halle der Bezirkssportanlage Blockdiek bezogen. Die Herrichtung der Hallen Grazer Straße, Schulzentrum Sebaldsbrück, Schulzentrum Julius-Brecht-Allee und Oberschule Koblenzer Straße wird derzeit in enger Abstimmung mit dem Bildungsressort und dem Landessportbund vorbereitet.

Amtshilfe durch die Bundeswehr

Die Bundeswehr hat 400 Plätze auf dem Gelände der Scharnhorstkaserne geschaffen. Außerdem stellt sie Personal zur Verfügung. Die Gesamtverantwortung bleibt stets bei der Senatorin für Soziales. Die Bundeswehr übernimmt keine Einrichtungsleitung und führt keine Erstuntersuchungen durch. Aufgaben, die die Bundeswehr übernehmen kann, werden von der senatorischen Behörde abgesprochen. Dazu können u.a. Essensausgabe, Registrierung und Sanitätsdienst gehören.

Weitere Planung

Angesichts weiterhin hoher Zugangszahlen müssen derzeit ca. 500 Unterbringungsplätze pro Woche geschaffen werden. Die Senatorin für Soziales arbeitet mit Hochdruck an der Herrichtung und Suche anderer Unterkunftsmöglichkeiten, um eine weitere Nutzung von Turnhallen möglichst zu vermeiden oder zumindest zeitlich begrenzen zu können. Mehrere Gewerbehallen werden aktuell geprüft. Es kommen zwei weitere Zeltstandorte (Bre-Nor-Gelände und Andernacher Straße) hinzu. Außerdem werden Gespräche mit Reedern geführt um Schiffe für die Flüchtlingsunterbringung zu akquirieren. Darüber hinaus wird die langfristige Planung und Errichtung von Übergangswohnheimen ständig weiter geführt. Mehrere große Einrichtungen dieser Art wurden im September eröffnet.

In der Überseestadt werden winterfeste Zelte für 400 Personen aufgestellt. In anderen bestehenden Einrichtungen werden mehr Notbetten bereitgestellt. Als Ersatz für ein Zelt wird eine Traglufthalle zur Unterbringung von Jugendlichen errichtet. Darüber hinaus werden Notmaßnahmen für Jugendliche in Hotels eingerichtet. In dieser Woche wird dem Senat ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Beschlagnahmung ungenutzter Immobilien ermöglichen soll, damit Leerstand für die Flüchtlingsunterbringung genutzt werden kann.